

Öffentliche Finanzwirtschaft

**Kommunales
Haushalts- und Rechnungswesen
DOPPIK
Brandenburg**

**Fachbuch
mit praktischen Übungen
und Lösungen**

4. vollständig überarbeitete Auflage

**von
Barbara Knöfel**

**Michaela Oelgeklaus
Peter Harder**

**Horst Bernhardt
Klaus Mutschler
Christoph Stockel-Veltmann**

Verlag Bernhardt-Witten · 58456 Witten

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Verlag: Bernhardt-Witten, Bruchstr. 33, 58456 Witten
☎ 02302-71713, Telefax 02302-77126
E-Mail: mail@bernhardt-witten.de
Internet: www.bernhardt-witten.de

Satz: Schreibservice Bernhardt, Witten

Druck: inprint druck und service, Erlangen

© 2018 by Verlag Bernhardt-Witten

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Buch ist urheberrechtlich geschützt.

Kein Teil dieses Werkes darf ohne schriftliche Einwilligung des Verlages in irgendeiner Form reproduziert (Nachdruck, Fotokopie oder ein anderes Verfahren) oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Im Falle der Zuwiderhandlung wird Strafantrag gestellt und Schadensersatz geltend gemacht.

Hinweis:

Bei den Funktionsbezeichnungen wird im Buchtext die männliche Form (z.B. Bürgermeister) verwendet. Dieses stellt keine Diskriminierung der weiblichen Funktionsträger dar, sondern soll lediglich der einfacheren Lesbarkeit dienen.

Vorwort zur 4. Auflage

Seit 1.1.2011 ist die „Doppik“ verbindlich für alle Kommunen des Landes Brandenburg anzuwenden. Die praktische Umsetzung zeigte jedoch an vielen Stellen offene Fragen bei der Interpretation der Gesetzesvorlagen hinsichtlich eines rechtssicheren und wirtschaftlichen Handels bei der Erstellung der Eröffnungsbilanzen und der Jahresabschlüsse. Ergebnisse daraus waren Anpassungen in den entsprechenden Verordnungen sowie Konkretisierungen im Rahmen der Eröffnungsbilanz- und Jahresabschlusserstellung, die eine Überarbeitung des Buches erforderten. Insofern wurde die Voraufgabe inhaltlich überarbeitet und erneut auf den aktuellen Stand von Praxis und Wissenschaft gebracht.

So wird sichergestellt, dass auch die 4. Auflage dieses Buches, wie die vorherigen Auflagen, die kommunalen Verwaltungen in Brandenburg bei den umfangreichen Prozessen des aktuellen Haushaltswesens ratgebend unterstützt.

Wie auch bei der Voraufgabe bedanken wir uns herzlich für die Anregungen und Hinweise aus den Reihen der Leser und verbinden damit weiterhin die Bitte, diesen Dialog auch für die 4. Auflage unseres Buches fortzusetzen.

Dieses Buch soll auch weiterhin eine fachliche Auseinandersetzung mit dem kommunalen Finanzmanagement ermöglichen und somit als Arbeitsgrundlage seinen Platz in der Kommunalverwaltung und im Studium haben.

Berlin, im August 2018

Die Verfasser

Zu den Verfassern

Barbara Knöfel (BA), Jahrgang 1986, absolvierte ein Studium der Verwaltungswissenschaften an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin und eine Berufsausbildung zur Buchhalterin. Seit 2005 ist sie in den Bereichen Buchhaltung, Projektmanagement und Controlling tätig und arbeitet seit 2016 am Institut für Public Management (Berlin). In ihrer Funktion als Dozentin und Beraterin unterstützt sie Mitarbeitende aus Kommunal-, Landes- und Bundesverwaltungen im Bereich des öffentlichen Finanzmanagements. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen im kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen und der effizienteren Gestaltung der Abläufe der kommunalen Finanzverwaltung.

Michaela Oelgeklaus, Jahrgang 1961, trat 1980 in den Dienst des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe ein. Nach der Ausbildung zum gehobenen Dienst wechselte sie 1984 zur Stadt Greven. Es folgte der Einsatz als Sachbearbeiterin im Bauverwaltungsamt im Bereich "Zuschüsse" und "Haushalt". 1991 wechselte sie als Abteilungsleiterin zur Stadt Oelde und übernahm das Zuweisungsgebiet, die Haushaltswirtschaft sowie die Beitragsabteilung. 1993 erfolgte eine Versetzung als hauptamtliche Dozentin zum Niederlausitzer Studieninstitut mit Sitz in Beeskow. Sie vertritt dort die Belange der öffentlichen Finanzwirtschaft. Seit dem 01.09.2000 ist sie kommissarische Studienleiterin des Niederlausitzer Studieninstitutes.

Peter Harder (BA), Jahrgang 1984, absolvierte ein Studium der Verwaltungswissenschaften an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin. Seit 2012 arbeitet er am Institut für Public Management (Berlin). In seiner Funktion als Dozent und Berater unterstützt er Mitarbeitende aus Kommunal- und Landesverwaltungen im Bereich des öffentlichen Finanzmanagements. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen dabei im externen Rechnungswesen sowie in der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage von Kommunen.

Horst Bernhardt, Jahrgang 1947, trat 1966 in den Dienst des ehemaligen Amtes Blankenstein-Ruhr ein. Nach der Ausbildung zum gehobenen Dienst übernahm er 1972 als Abteilungsleiter die Vermögens- und Schuldenverwaltung sowie die zentrale Betriebsabrechnung in der Kämmerei der aus der kommunalen Neuordnung hervorgegangenen Stadt Hattingen. Zugleich wurde er als Hauptsachbearbeiter in der Haushaltsabteilung eingesetzt, verbunden mit der Ausbildungsbetreuung in der gesamten Finanzverwaltung. Nach einem zwischenzeitlich erfolgten Studium an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Industriebezirk wechselte er im April 1978 als hauptamtlicher Dozent zur Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, Abteilung Wuppertal (heute in der Abteilung Gelsenkirchen), zuständig für die Lehre für „Kommunales Finanzmanagement (Öffentliche Finanzwirtschaft)“, "Rechnungswesen“, „Kosten- und Leistungsrechnung/Wirtschaftlichkeitsrechnung“ und „Steuerrecht“. Bis zu seiner Pensionierung im Jahre 2012 führte er Fortbildungsveranstaltungen u. a. auch bei Kommunen im Land Brandenburg durch.

Klaus Mutschler, Jahrgang 1958, schloss 1981 sein Studium an der FHöV NRW ab. Er absolvierte den kommunalwissenschaftlichen Studiengang an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie und schloss diesen 1989 mit Erwerb des Kommunaldiploms ab. Nach Wahrnehmung von Aufgaben als Standesbeamter und im Bereich des Stadtmarketing bei der Stadt Dortmund war er seit 1992 bis 2005 dort im Rechnungswesen tätig. Stationen waren hierbei die Hauptsachbearbeitung im Bereich Grundbesitzabgaben, die Geschäftsführung des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften sowie der Aufbau eines Immobilienmanagements und einer Anlagenbuchhaltung. Seit Beginn des überörtlichen Modellprojektes im Jahre 1999 war er Mitglied des Pro-

jektteams der Stadt Dortmund. Neben unterschiedlichen Fortbildungsmaßnahmen zum kaufmännischen Rechnungswesen schloss er in 2003 einen Zertifikats-Lehrgang zum Bilanzbuchhalter mit Erfolg ab. Letzte Aufgabenschwerpunkte waren die inhaltliche Betreuung von Fachbereichen beim Umstellungsprozess auf das doppelte Rechnungswesen sowie die Durchführung von diesbezüglichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen. Im September 2005 wechselte er als hauptamtlicher Dozent zur Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, Abteilung Köln, nunmehr Abteilung Gelsenkirchen, Außenstelle Dortmund. Er vertritt dort im Wesentlichen die Fächer „Kommunales Finanzmanagement“ und „Rechnungswesen“.

Christoph Stockel-Veltmann, Jahrgang 1965, trat 1985 in den Dienst der Stadt Rheine ein. Nach Abschluss der Ausbildung für den gehobenen Verwaltungsdienst und einem kurzen Einsatz als Personalsachbearbeiter schloss sich von 1989 bis 1993 ein Studium der Volkswirtschaftslehre an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster an. Nach Tätigkeiten als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Münster und als Abteilungsleiter in der Kämmerei der Stadt Telgte war er von 1999 - 2004 Leiter des „Modellprojekts zur Einführung des doppelten Kommunalhaushalts“ im Finanzdezernat der Stadt Münster. In dieser Funktion war er maßgeblich an der Konzeption des „Neuen Kommunalen Finanzmanagement“ (NKF) beteiligt und verantwortlich für die Umsetzung des Konzepts in fünf Pilotämtern der Stadt Münster. Seit Juli 2004 ist er hauptamtlicher Dozent an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW am Studienstandort Münster.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 4. Auflage	III
Zu den Verfassern	IV
Abkürzungsverzeichnis	XVIII
Literaturverzeichnis	XX
1. Einführung	1
1.1 Öffentliche Finanzwirtschaft	1
1.1.1 Begriff	1
1.1.2 Innere Abgrenzung der öffentlichen Finanzwirtschaft	1
1.2 Träger der öffentlichen Finanzwirtschaft	3
1.3 Finanzhoheit	4
1.3.1 Begriff und Bedeutung	4
1.3.2 Finanzhoheit der Gemeinden	4
1.4 Abgrenzung der öffentlichen Finanzwirtschaft zur Privatwirtschaft	5
1.5 Aufgaben und Ziele der öffentlichen Finanzwirtschaft	7
1.5.1 Allgemein	7
1.5.2 Finanzpolitische Funktion	7
1.5.3 Politische Funktion	7
1.5.4 Wirtschaftspolitische Funktion	8
1.5.5 Betriebswirtschaftliche Funktion	9
2. Kommunales Haushaltsrecht	10
2.1 Haushaltswirtschaft	10
2.2 Verfassungsrechtliche Grundlagen und Haushaltsautonomie	11
2.3 Geschichtlicher Überblick	13
2.3.1 Bisherige Entwicklung	13
2.3.2 Fortentwicklung des kommunalen Haushaltsrechts durch die Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (Doppik-kom)	18
2.4 Öffentliches Haushaltsrecht im System und im Vergleich	19
2.4.1 Vergleich der einzelnen Ebenen	19
2.4.2 Stellung im System der Volkswirtschaft	20
2.4.3 Verhältnis zur Betriebswirtschaft	21
2.5 Staatliche Überwachung der gemeindlichen Haushaltswirtschaft	21
3. Grundzüge der kaufmännischen (doppelten) Buchführung	24
3.1 Inhalt und Abgrenzung zu anderen Rechnungssystemen	24
3.2 Die kommunale Bilanz	29
3.2.1 Inventur als Datenermittlung für die Bilanz	29
3.2.2 Inhalt und Aufbau der kommunalen Bilanz	30
3.2.3 Bilanzveränderungen (Bestandsbuchungen)	31
3.3 Die Erfolgsrechnung (Gewinn- und Verlustrechnung)	37
3.4 Übungen	46

4.	Ablauf, Organisation und Personal im kommunalen Finanzmanagement	63
4.1	Stationen der Haushaltswirtschaft und Haushaltskreislauf	63
4.2	Ausführung des Haushaltsplans	63
4.3	Personal im kommunalen Finanzmanagement	69
4.3.1	Der Kämmerer	69
4.3.2	Rechnungsprüfungspersonal	71
4.4	Übungen	72
5.	Der Haushaltsplan	76
5.1	Begriff	76
5.2	Abgrenzung zu anderen Plänen und Rechnungen	77
5.2.1	Haushaltssatzung und Haushaltsplan	77
5.2.2	Mittelfristige Planung und Haushaltsplan	78
5.2.3	Wirtschaftsplan und Haushaltsplan	79
5.2.4	Jahresabschluss und Haushaltsplan	79
5.3	Bedeutung des Haushaltsplans	80
5.3.1	Allgemeines	80
5.3.2	Finanzwirtschaftliche Funktion	80
5.3.3	Administrative Lenkungsfunktion	81
5.3.4	Wirtschafts- und sozialpolitische Programmfunktion	81
5.4	Wirkung des Haushaltsplans	82
5.4.1	Allgemeine Wirkung	82
5.4.2	Wirkung bezüglich der Aufwendungen und Auszahlungen	83
5.4.3	Wirkung bezüglich der Verpflichtungsermächtigungen	83
5.4.4	Wirkung bezüglich der Erträge und Einzahlungen	84
5.4.5	Bindung im Innenverhältnis	84
5.5	Übungen	85
6.	Gliederung des Haushalts nach Produktbereichen	87
6.1	Notwendigkeit einer Haushaltsgliederung	87
6.2	Anforderungen an die Gliederung eines Haushaltsplans	88
6.2.1	Die Anforderungen der Bürger und der politischen Parteien	88
6.2.2	Die Anforderungen der Aufsichtsbehörden	89
6.2.3	Die Anforderungen der Finanzstatistik	89
6.2.4	Die Anforderungen der Verwaltung	90
6.3	Anknüpfungspunkte für eine Gliederung: Verwaltungsaufbau oder Aufgabenbereiche	91
6.4	Gliederungsvorschriften für den kommunalen Haushalt im Kommunalen Finanzmanagement	92
6.4.1	Der Sonderproduktbereich „Allgemeine Finanzwirtschaft“	93
6.4.2	Gestaltungsfreiheit bei der Gliederung des Haushalts	93
6.5	Praktische Umsetzung der Gliederung mit kaufmännischer Standardsoftware	95
6.6	Übungen	97

7.	Die Elemente des Haushaltsplans	102
7.1	Ergebnisplan	103
7.2	Finanzplan	107
7.3	Übung.....	111
7.4	Teilpläne	114
7.4.1	Teilergebnisplan.....	116
7.4.2	Teilfinanzplan	117
7.4.3	Planung einzelner Investitionsmaßnahmen	120
7.4.4	Teilergebnis- und Teilfinanzplan im Sonderproduktbereich 61 „Allgemeine Finanzwirtschaft“	122
7.4.5	Ziele.....	123
7.4.6	Kennzahlen und Indikatoren.....	124
7.4.7	Auszug aus dem Stellenplan.....	126
7.5	Übung.....	128
8.	Die Anlagen zum Haushaltsplan	131
8.1	Einführung	131
8.2	Vorbericht.....	132
8.3	Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen.....	133
8.4	Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten, Rücklagen und Rückstellungen zu Beginn und zum Ende des Jahres, für das der Haushaltsplan aufgestellt wird	134
8.5	Übersicht über die Sonderposten und über die veranschlagten Erträge aus der Auflösung der Sonderposten im mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanungs- zeitraum	135
8.6	Übersicht über die veranschlagten Erträge und Aufwendungen aus allgemeinen Umlagen, Ersatz von sozialen Leistungen und Sozialtransferleistungen im mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanungszeitraum	136
8.7	Stellenplan	136
8.8	Wirtschaftspläne und neueste Jahresabschlüsse für Sondervermögen, für die Sonderrechnungen geführt werden	137
8.9	Wirtschaftspläne der Unternehmen und Einrichtungen mit eigener Rechts- persönlichkeit, an denen die Gemeinde mit mehr als 50 V.H. beteiligt ist.....	138
8.10	Budgetübersicht	139
8.11	Weitere Anlagen	139
8.12	Übung.....	139
9.	Grundsätze im neuen kommunalen Rechnungswesen	141
9.1	Überblick und Einteilung	141
9.2	Allgemeine Haushaltsgrundsätze	142
9.2.1	Sicherung der Aufgabenerfüllung und Beachtung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts	142
9.2.1.1	Stetige Aufgabenerfüllung	142
9.2.1.2	Beachtung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.....	143
9.2.1.5	Übung.....	144
9.2.2	Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Effizienz.....	145
9.2.2.1	Grundsatz	145
9.2.2.2	Übung.....	148
9.2.3	Haushaltsausgleich	149

9.2.4	Grundsätze der Finanzierung der kommunalen Produkte	150
9.2.4.1	Deckungsmittel der Haushaltswirtschaft.....	150
9.2.4.2	Verpflichtung zur Erhebung von Abgaben.....	150
9.2.4.3	Rangfolge der Deckungsmittel	151
9.2.4.4	Übung.....	154
9.2.5	Vorherigkeit	156
9.2.5.1	Grundsatz	156
9.2.5.2	Ausnahme: Vorläufige Haushaltsführung	156
9.2.5.3	Übungen.....	162
9.2.6	Öffentlichkeit	165
9.2.6.1	Grundsatz	165
9.2.6.2	Möglichkeiten der Beteiligung der Öffentlichkeit.....	165
9.2.6.3	Übung.....	168
9.3	Veranschlagungs- bzw. Planungsgrundsätze.....	169
9.3.1	Allgemeines	169
9.3.2	Vollständigkeit und Einheit.....	170
9.3.2.1	Allgemeines	170
9.3.2.2	Vollständigkeit	170
9.3.2.3	Ausnahmen zur Vollständigkeit.....	174
9.3.2.4	Einheit	177
9.3.2.5	Ausnahmen zur Einheit	177
9.3.2.6	Übungen.....	178
9.3.3	Periodengerechte Zuordnung der Finanzvorfälle	181
9.3.3.1	Einführung	181
9.3.3.2	Periodengerechte Zuordnung der Erträge und Aufwendungen im Ergebnisplan	181
9.3.3.3	Periodengerechte Zuordnung der Einzahlungen und Auszahlungen im Finanzplan	185
9.3.3.4	Übungen.....	187
9.3.4	Grundsätze der Verständlichkeit (Haushaltsklarheit), der Steuerungsrelevanz sowie der Richtigkeit und Willkürfreiheit (Haushaltswahrheit).....	191
9.3.4.1	Informationen zur Verständlichkeit (Haushaltsklarheit) und Steuerungs- Relevanz der kommunalen Haushalte	191
9.3.4.2	Richtigkeit und Willkürfreiheit (Haushaltswahrheit)	193
9.3.4.3	Übung.....	194
9.3.5	Bruttoprinzip (Saldierungsverbot)	195
9.3.5.1	Grundsatz	195
9.3.5.2	Ausnahmen vom Bruttoprinzip.....	197
9.3.5.3	Besonderheiten	197
9.3.5.4	Übungen.....	200
9.3.6	Einzelveranschlagung	204
9.3.6.1	Grundsatz	204
9.3.6.2	Ausnahmen.....	206
9.3.6.3	Übungen.....	208
9.4	Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB-K)	209
9.4.1	Allgemeines	209
9.4.2	Ziele ordnungsmäßiger Buchführung (allgemeine Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung)	210
9.4.2.1	Dokumentation	210
9.4.2.2	Rechenschaft.....	211
9.4.2.3	Kapitalerhaltung und intergenerative Gerechtigkeit.....	211
9.4.3	Spezielle Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung	213

9.4.3.1	Vollständigkeit.....	213
9.4.3.2	Verständlichkeit, Richtigkeit und Willkürfreiheit	213
9.4.3.3	Öffentlichkeit	214
9.4.3.4	Aktualität	214
9.4.3.5	Relevanz (Wesentlichkeit)	214
9.4.3.6	Stetigkeit.....	215
9.4.3.7	Recht- und Ordnungsmäßigkeit	215
9.4.3.8	Übungen.....	216
10.	Die kommunale Bilanz (Ansatz, Ausweis und Bewertung in den einzelnen Posten).....	218
10.1	Inventur, Inventar	218
10.1.1	Begriff und Inhalt	218
10.1.2	Festwertbildung	220
10.1.3	Gruppenbewertung.....	222
10.1.4	Inventurverfahren	223
10.1.5	Übungen.....	224
10.2	Allgemeine Grundlagen der Bewertung im kommunalen Haushaltsrecht	227
10.2.1	Anschaffungs- und Herstellungskosten	227
10.2.1.1	Anschaffungskosten	227
10.2.1.2	Herstellungskosten	232
10.2.1.3	Übungen.....	235
10.2.2	Verhältnis zu anderen Bewertungszwecken.....	237
10.2.2.1	Steuerrecht	237
10.2.2.2	Gebührenrecht	238
10.2.2.3	Kosten- und Leistungsrechnung	238
10.2.3	Abgrenzung von Herstellungskosten und Erhaltungsaufwand	239
10.2.3.1	Erweiterung eines Vermögensgegenstandes	240
10.2.3.2	Über den ursprünglichen Zustand hinausgehende Wertverbesserung	241
10.2.3.3	Zusammentreffen von Herstellungskosten und Erhaltungsaufwendungen	243
10.2.3.4	Übungen.....	244
10.2.4	Bilanzierungsgrundsätze	248
10.3	Die Posten der kommunalen Bilanz	251
10.3.1	Einführung	251
10.3.2	Anlagevermögen	252
10.3.2.1	Begriffe, allgemeine Grundlagen	252
10.3.2.2	Immaterielles Anlagevermögen	256
10.3.2.3	Sachanlagevermögen	257
10.3.2.4	Finanzanlagen	271
10.3.3	Umlaufvermögen.....	277
10.3.3.1	Vorräte	278
10.3.3.2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	279
10.3.3.3	Wertpapiere des Umlaufvermögens	281
10.3.3.4	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten u. Schecks...281	
10.3.4	Rechnungsabgrenzungsposten (aktiv)	281
10.3.5	Eigenkapital.....	283
10.3.5.1	Basis-Reinvermögen.....	283
10.3.5.2	Rücklagen aus Überschüssen.....	284
10.3.5.3	Sonderrücklagen	284
10.3.5.4	Fehlbetragsvortrag	284
10.3.6	Sonderposten.....	285

10.3.6.1	Funktion und inhaltliche Grundlagen	285
10.3.6.2	Sonderpostenbildung für pauschalisierte Zuwendungen.....	287
10.3.6.3	Ansatz von investitionsbezogenen Zuwendungen und von Beiträgen	288
10.3.6.4	Sonstige Sonderposten.....	291
10.3.6.5	Übungen.....	292
10.3.7	Rückstellungen	293
10.3.7.1	Pensions- und Beihilferückstellungen	294
10.3.7.2	Rückstellungen für Altersteilzeit.....	296
10.3.7.3	Instandhaltungsrückstellungen	301
10.3.7.4	Rückstellungen für die Rekultivierung, Nachsorge und Sanierung von Altlasten ...	303
10.3.7.5	Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten im Rahmen des Finanz- ausgleichsgesetzes und von Steuerschuldverhältnissen.....	303
10.3.7.6	Rückstellungen bei drohenden Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren.....	304
10.3.7.7	Sonstige Rückstellungen für Verpflichtungen, die vor dem Bilanzstichtag wirtschaftlich begründet und die dem Grunde nach noch nicht genau feststehen ...	305
10.3.7.8	Übungen.....	307
10.3.8	Verbindlichkeiten	309
10.3.8.1	Anleihen.....	310
10.3.8.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	310
10.3.8.3	Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten	310
10.3.8.4	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	311
10.3.8.5	Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen	312
10.3.8.6	Sonstige Verbindlichkeiten	312
10.3.9	Rechnungsabgrenzungsposten (passiv)	313
10.3.10	Übungen zum Bilanzausweis	313
11.	Grundzüge der Eröffnungsbilanz	316
11.1	Rahmenvorschriften für die Eröffnungsbilanzierung	316
11.2	Allgemeiner Bewertungsmaßstab und Vereinfachungsverfahren	318
11.3	Vorgehensweise bei der Eröffnungsbilanzierung für Aktivposten.....	320
11.3.1	Immaterielles Vermögen.....	321
11.3.2	Grundstücksbewertung	322
11.3.2.1	Unbebaute Grundstücke.....	322
11.3.2.2	Bebaute Grundstücke	323
11.3.2.3	Grundstücksgleiche Rechte	326
11.3.2.4	Infrastrukturvermögen	326
11.3.2.5	Bauten auf fremden Grund und Boden	327
11.3.2.6	Kulturdenkmäler	327
11.3.3	Bewertung der beweglichen Vermögensarten	327
11.3.3.1	Kunstgegenstände	327
11.3.3.2	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge.....	328
11.3.3.3	Betriebs- und Geschäftsausstattung.....	328
11.3.4	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	328
11.3.5	Finanzanlagevermögen.....	329
11.3.6	Umlaufvermögen.....	329
11.3.7	Aktive Rechnungsabgrenzung.....	330
11.3.8	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	330
11.4	Vorgehensweise bei der Eröffnungsbilanzierung für Passiva	331
11.4.1	Eigenkapital.....	331

11.4.2	Sonderposten	331
11.4.3	Rückstellungen	332
11.4.4	Verbindlichkeiten	333
11.4.5	Passive Rechnungsabgrenzung	333
11.5	Verfahrensvorschriften für die Eröffnungsbilanz	334
11.5.1	Prüfung	334
11.5.2	Feststellung, Prüfung und Beschluss	334
11.5.3	Veröffentlichung	335
12.	Die Ergebnisrechnung - Grundlagen und Einzelpositionen	336
12.1	Übersicht über die Erfolgs- und Finanzrechnungskonten (Kontenklassen 4, 5, 6 und 7)	336
12.2	Die Konten der Ergebnisrechnung (Kontenklassen 4 und 5)	337
12.2.1	Steuern und ähnliche Abgaben (Kontengruppe 40)	337
12.2.2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (Kontengruppe 41)	341
12.2.3	Sonstige Transfererträge (Kontengruppe 42)	346
12.2.4	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte (Kontengruppe 43)	347
12.2.5	Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen (Kontengruppe 44)	348
12.2.6	Sonstige ordentliche Erträge (Kontengruppe 45)	349
12.2.7	Finanzerträge (Kontengruppe 46)	349
12.2.8	Aktivierete Eigenleistungen und Bestandsveränderungen (Kontengruppe 47)	350
12.2.9	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen (Kontengruppe 48)	351
12.2.10	Außerordentliche Erträge (Kontengruppe 49)	352
12.2.11	Personalaufwendungen (Kontengruppe 50)	353
12.2.12	Versorgungsaufwendungen (Kontengruppe 51)	356
12.2.13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Kontengruppe 52)	358
12.2.14	Transferaufwendungen (Kontengruppe 53)	360
12.2.15	Sonstige ordentliche Aufwendungen (Kontengruppe 54)	362
12.2.16	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen (Kontengruppe 55)	363
12.2.17	Bilanzielle Abschreibungen (Kontengruppe 57)	363
12.2.18	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen (Kontengruppe 58)	365
12.2.19	Außerordentliche Aufwendungen (Kontengruppe 59)	366
12.3	Übungen	366
13.	Die Finanzrechnung - Grundlagen und Einzelpositionen	373
13.1	Die Ermittlung der Finanzrechnung	373
13.2	Übung	378
13.3	Originäre Buchung der Finanzrechnung in den Kontenklassen 6 und 7	379
13.4	Zusammenfassung: Systematische Behandlung der Abweichungen von Finanz- und Ergebnisrechnung bei originärer Buchung der Finanzrechnung	382
13.5	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Kontengruppe 68)	383
13.6	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Kontengruppe 69)	384
13.7	Versorgungsauszahlungen (Kontengruppe 71)	386
13.8	Auszahlung aus Investitionstätigkeit (Kontengruppe 78)	387
13.9	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Kontengruppe 79)	388
13.10	Die Erfüllung der finanzstatistischen Anforderungen mit Hilfe der Konten der Finanzrechnung	388
13.11	Übungen	389

14.	Die Bewirtschaftungsgrundsätze	395
14.1	Allgemeines	395
14.2	Bewirtschaftungsformen	395
14.2.1	Gesamtdeckung.....	395
14.2.2	Budgetierung.....	396
14.3	Bewirtschaftungsregeln	398
14.3.1	Unechte Deckungsfähigkeit	398
14.3.2	Echte Deckungsfähigkeit.....	400
14.3.3	Übertragbarkeit von Haushaltsermächtigungen	404
14.3.3.1	Allgemeines	404
14.3.3.2	Die einzelnen Ermächtigungsübertragungsarten	407
14.3.3.3	Auswirkungen auf den Jahresabschluss	409
14.4	Übungen.....	410
15.	Verpflichtungsermächtigungen	413
15.1	Begriff und Verfahren.....	413
15.2	Umfang und zeitliche Beschränkung der Verpflichtungsermächtigungen	415
15.3	Veranschlagung der Verpflichtungsermächtigungen.....	416
15.4	Übungen.....	417
16.	Finanzierung des kommunalen Haushalts	422
16.1	Innenfinanzierung	423
16.1.1	Selbstfinanzierung	424
16.1.2	Finanzierung aus dem Rückfluss von Abschreibungswerten	425
16.1.3	Fremdfinanzierung aus Rückstellungen.....	426
16.1.4	Finanzierung durch Vermögensumschichtung	426
16.2	Außenfinanzierung	428
16.2.1	Finanzierung aus Investitionszuwendungen und Beiträgen	428
16.2.2	Fremdfinanzierung aus Krediten.....	428
16.2.2.1	Kredite für Investitionen	430
16.2.2.2	Kassenkredite	431
16.2.3	Anleihen	432
16.2.4	Kreditähnliche Verbindlichkeiten.....	433
16.2.5	Innere Darlehen	433
16.2.6	Zusammenfassende Darstellung der Begriffe der Fremdfinanzierung	434
16.3	Kredite.....	434
16.3.1	Kriterien für die Einteilung von Krediten	434
16.3.1.1	Rechtliche Ausgestaltung der Kredite.....	435
16.3.1.2	Laufzeit der Kredite	436
16.3.1.3	Tilgung der Kredite.....	436
16.3.1.4	Kreditgeber	438
16.3.2	Voraussetzungen der Kreditaufnahme	438
16.3.2.1	Allgemeines	438
16.3.2.2	Beachtung des Subsidiaritätsprinzips.....	439
16.3.2.3	Vorliegen einer Kreditermächtigung in der Haushaltssatzung	440
16.3.2.4	Gesamtbetragsgenehmigung im Rahmen der Haushaltssatzung.....	441
16.3.2.5	Bewahrung der dauernden Leistungsfähigkeit	443
16.3.2.6	Beachtung gemeindewirtschaftlicher Belange	445
16.3.2.7	Beachtung gesamtwirtschaftlicher Belange.....	445
16.2.2.8	Zuständigkeit für die tatsächliche Kreditaufnahme	446

16.3.2.9	Auswahl der Kreditangebote unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit.....	446
16.3.2.10	Evtl. Einzelgenehmigung	447
16.3.2.11	Einhaltung der Formvorschriften bei der Kreditaufnahme.....	448
16.3.3	Ausgestaltung von Krediten (Kreditbedingungen).....	448
16.3.3.1	Allgemeines	448
16.3.3.2	Zinssatz	448
16.3.3.3	Auszahlung	449
16.3.3.4	Laufzeit und Tilgung	450
16.3.3.5	Kündigungsrechte	450
16.3.3.6	Abtretung der Forderung	451
16.3.3.7	Sicherheiten	451
16.3.4	Abwicklung der Kreditaufnahme im Haushalt.....	451
16.3.4.1	Veranschlagung der Kredite und der daraus resultierenden Aufwendungen und Auszahlungen.....	451
16.3.4.2	Umschuldung	453
16.3.4.3	Dauer der Kreditermächtigung	454
16.3.5	Übungen	454
16.4	Kreditähnliche Verbindlichkeiten	464
16.4.1	Bedeutung kreditähnlicher Geschäfte	464
16.4.2	Voraussetzungen zum Eingehen von kreditähnlichen Geschäften und Genehmigungspflicht	464
16.4.3	Ausgestaltung kreditähnlicher Geschäfte	465
16.4.4	Verbindung zum Haushaltsplan	465
16.4.5	Übung.....	466
16.5	Haftungsverhältnisse: Sicherheitsleistungen, Bürgschaften und Gewährverträge ..	468
16.5.1	Sicherheitsleistungen.....	468
16.5.2	Bürgschaften und Gewährverträge	468
16.5.2.1	Allgemeines	468
16.5.2.2	Voraussetzungen	469
16.5.2.3	Ausgestaltung von Bürgschaften, Gewährverträgen und anderen Haftungsverhältnissen	469
16.5.2.4	Verbindung zum Haushalt	471
16.5.2.5	Übung.....	471
17.	Der Haushaltsausgleich	473
17.1	Bedeutung und Zielsetzung	473
17.2	Ausgleich des Ergebnisplans und der Ergebnisrechnung (Haushaltsausgleich i.e.S.)	474
17.3	Gefahr bei bilanzieller Überschuldung.....	475
17.4	Haushaltsjahresübergreifender Ausgleich	476
17.4.1	Bedeutung und Funktion der Rücklage aus Überschüssen aus dem ordentlichen und außerordentlichen Ergebnis	477
17.4.2	Einbeziehung der mittelfristigen Planung	478
17.5	Rechtsfolgen unausgeglichener Haushalte.....	479
17.5.1	Inanspruchnahme der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses.....	479
17.5.2	Inanspruchnahme der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses.....	479
17.5.3	Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes bei unausgeglichem Haushalt ..	479
17.5.4	Eintreten oder Drohen einer Überschuldung.....	481

17.5.5	Zusammenfassung	481
17.6	Exkurs: Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit	483
17.7	Übungen.....	484
18.	Die Haushaltssatzung	489
18.1	Rechtsnatur und Bedeutung der Haushaltssatzung	489
18.1.1	Gemeindliches Satzungsrecht	489
18.1.2	Haushaltssatzung als besondere Satzung	489
18.2	Inhalt der Haushaltssatzung	491
18.2.1	Rechtliche Grundlagen	491
18.2.2	Pflichtinhalte der Haushaltssatzung (§ 67 Abs. 2 BbgKVerf).....	491
18.2.2.1	Festsetzung des Haushaltsplans	491
18.2.2.2	Festsetzung der Kreditemächtigung für Investitionen	493
18.2.2.3	Festsetzung des Gesamtbetrages der Verpflichtungsermächtigungen	493
18.2.2.4	Festsetzung der Realsteuerhebesätze	494
18.2.2.5	Festsetzungen zum Haushaltssicherungskonzept	496
18.2.2.6	Festsetzungen von verschiedenen Wertgrenzen nach § 65 Abs. 2 Nr. 5 und 6 BbgKVerf und anderer Rechtsgrundlagen	496
18.2.2.7	Festsetzungen des Betrages gemäß § 73 Abs. 5 BbgKVerf	497
18.2.3	Freiwillige Inhalte der Haushaltssatzung	498
18.3	Zustandekommen der Haushaltssatzung	498
18.3.1	Überblick.....	498
18.3.2	Vorverfahren	499
18.3.3	Aufstellung des Entwurfs der Haushaltssatzung.....	500
18.3.4	Beteiligung der Einwohner und Abgabepflichtigen	501
18.3.4.1	Einwendungsrecht in den Gemeinden.....	501
18.3.4.2	Beteiligung der kreisangehörigen Gemeinden in den Landkreisen	501
18.3.5	Beratung in den Fachausschüssen und den Ortsbeiräten	502
18.3.5.1	Allgemeines	502
18.3.5.2	Beteiligung der Fachausschüsse	502
18.3.5.3	Beteiligung der Ortsbeiräte	503
18.3.5.4	Beteiligung des Hauptausschusses.....	503
18.3.6	Beschlussfassung durch die politischen Gremien	503
18.3.6.1	Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung	503
18.3.6.2	Beschlussfassung durch den Kreistag	504
18.3.7	Vorlage bei der Aufsichtsbehörde	504
18.3.8	Bekanntmachung der Haushaltssatzung.....	504
18.4	Genehmigung der Haushaltssatzung durch die Kommunalaufsichtsbehörde	505
18.4.1	Genehmigung des Gesamtbetrages der Kredite.....	507
18.5	Übung.....	509
19.	Die Ausführung des Haushaltes	510
19.1	Erhebung der Einzahlungen	510
19.1.1	Rechtzeitige Einziehung der Einzahlungen	510
19.1.2	Kleinbeträge	510
19.1.3	Rundungen	512
19.1.4	Übung.....	513
19.2	Zuweisung von Haushaltsmitteln und Verpflichtungsermächtigungen sowie deren Bewirtschaftung und Überwachung.....	515

19.2.1	Zuweisung von Haushaltsmitteln und Verpflichtungsermächtigungen	515
19.2.2	Bewirtschaftung der Haushaltsmitteln und Verpflichtungsermächtigungen	516
19.2.2.1	Grundsätze für den Gesamthaushalt	516
19.2.2.2	Besondere Grundsätze für Investitionen	517
19.2.3	Überwachung der Haushaltsermächtigungen	518
19.2.4	Übungen	519
19.3	Haushaltswirtschaftliche Sperre u. Unterrichtungspflichten gegenüber der Gemeindevertretung	527
19.3.1	Haushaltswirtschaftliche Sperre	527
19.3.2	Unterrichtungspflichten gegenüber der Gemeindevertretung	529
19.4	Stundung, Niederschlagung und Erlass	531
19.4.1	Generelle Begriffsabgrenzungen	531
19.4.2	Rechtsgrundlagen	531
19.4.3	Stundung	532
19.4.3.1	Voraussetzungen	532
19.4.3.2	Verzinsung der gestundeten Forderungen	533
19.4.3.3	Bewilligungsverfahren	533
19.4.3.4	Exkurs: Aussetzung der Vollziehung	534
19.4.4	Niederschlagung	534
19.4.4.1	Voraussetzung für eine Niederschlagung (Einzelwertberichtigung)	534
19.4.4.2	Arten der Niederschlagungen (Einzelwertberichtigung)	535
19.4.4.3	Praktisches Verfahren bei einer Niederschlagung (Einzelwertberichtigung)	536
19.4.4.4	Pauschalwertberichtigung	536
19.4.4.5	Erlass	537
19.4.5.1	Voraussetzungen	537
19.4.5.2	Praktisches Verfahren	538
19.4.6	Übungen	538
19.5	Auftragsvergaben	542
19.5.1	Verfahren und Voraussetzungen	542
19.5.2	Übungen	545
19.6	Bewegliche Haushaltsführung	546
19.6.1	Einführung	546
19.6.2	Begriff der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen	547
19.6.3	Verhältnis zur Nachtragsatzung und zu anderen Bereitstellungsmöglichkeiten für Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen	550
19.6.4	Bewilligung von über- u. außerplanmäßigen Aufwendungen u. Auszahlungen	552
19.6.4.1	Ermittlung der Höhe der benötigten zusätzlichen Ermächtigung	552
19.6.4.2	Voraussetzungen für die Bewilligung	554
19.6.4.3	Entscheidungsgremien	559
19.6.4.4	Praktisches Beantragungs- und Bewilligungsverfahren	562
19.6.5	Deckung von überplanmäßigen Auszahlungen im folgenden Haushaltsjahr (Haushaltsvorgriff)	562
19.6.6	Exkurs: Praxisgerechtes Gesamtprüfungsverfahren für die Bereitstellung von Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen	567
19.6.7	Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen	569
19.6.8	Übungen	570
20.	Vermögenswirtschaft und Anlagebuchhaltung	580
20.1	Struktur des kommunalen Vermögens	580
20.2	Sondervermögen, Treuhandvermögen u. rechtlich selbstst. örtliche Stiftungen ...	582
20.2.1	Inhaltliche Abgrenzung	582

20.2.2	Eigenbetriebe	582
20.2.3	Vermögen der rechtlich unselbstständigen örtlichen Stiftungen	583
20.2.4	Treuhandvermögen und rechtlich selbstständige örtliche Stiftungen	584
20.3	Erwerb und Veräußerung von Vermögen	584
20.3.1	Abbildung im Rechnungswesen.....	584
20.3.2	Erwerb von Vermögen	585
20.3.3	Veräußerung von Vermögen	586
20.3.4	Übungen.....	590
20.4	Bewirtschaftung von Vermögen	593
20.4.1	Grundsätze der Vermögensbewirtschaftung	593
20.4.2	Anlagenbuchhaltung	594
20.4.3	Geschäftsvorfälle in einer Anlagenbuchhaltung	598
20.4.4	Übungen.....	600
20.5	Kapitalanlagen und Liquiditätsmanagement.....	603
20.6	Wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden	605
20.6.1	Allgemeines	605
20.6.2	Formen einer wirtschaftlichen Betätigung	606
20.6.3	Voraussetzungen einer wirtschaftlichen Betätigung	607
20.6.4	Sonstige Regelungen über wirtschaftliche Betätigungen	608
20.6.5	Übung.....	608
21.	Nachtragssatzung und Nachtragsplan.....	610
21.1	Notwendigkeit der Nachtragssatzung	610
21.2	Pflicht zum Erlass einer Nachtragssatzung	610
21.2.1	Überblick.....	610
21.2.2	Änderung eines Paragraphen der Haushaltssatzung	611
21.2.3	Pflichten nach § 68 Abs. 2 BbgKVerf.....	612
21.2.4	Änderung von Haushaltsvermerken und Budgets	615
21.2.5	Änderung von Zielen und Kennzahlen.....	616
21.2.6	Erhöhung der Ansätze für Verfügungsmittel	616
21.3	Inhalt des Nachtragsplans.....	617
21.4	Zustandekommen der Nachtragssatzung	620
21.5	Übungen	621
22.	Der Jahresabschluss.....	627
22.1	Gestaltung des Jahresabschlusses.....	627
22.2	Die einzelnen Elemente des Jahresabschlusses	628
22.2.1	Ergebnisrechnung.....	628
22.2.2	Teilergebnisrechnungen.....	632
22.2.3	Finanzrechnung	633
22.2.4	Teilfinanzrechnungen	633
22.2.5	Bilanz	634
22.2.6	Anhang	635
22.2.7	Anlagenübersicht.....	636
22.2.8	Forderungsübersicht	637
22.2.9	Verbindlichkeitenübersicht	638
22.2.10	Rechenschaftsbericht	638
22.3	Aufstellung, Prüfung und Entlastung beim Jahresabschluss.....	639
22.4	Übertragung von Ermächtigungen	641
	Stichwortverzeichnis.....	642